

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangehörigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark, Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Mehrpreis: Die Millimeterzeile 8 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Verkaufspreis: Durch Ausdräger Einzelnummer 200 M. 1000.— M. pro Woche, Durch die Post Einzelnummer 200 M. 6500.— M. pro Monat und Guthabst des Differenzbetrages für Monat Juni. — Redaktionssprechstunde: 5-8 Uhr nachmittags Pötschdelonto: Breslau Nr. 810 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 112

Mittwoch, den 16. Mai 1923.

5. Jahrgang.

Sowjetrußland und die deutschen Arbeiter sollen gemeinsam erdroffelt werden

Ein neuer Weltkrieg wird vorbereitet

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Die Welt steht vor einem neuen Kriege. Das ist die einfache Wahrheit, die den breitesten Volksmassen eingehämmert werden muß, mögen die, die nicht sehen und hören wollen, noch so sehr tun, als ob das unmöglich wäre.

Die Vorbereitung des Krieges gegen Sowjetrußland

Das englische Ultimatum an Sowjetrußland bedeutet keine bloße Drohung mit dem Abbruch der Beziehungen zu Rußland. Es bedeutet die Vorbereitung des neuen Krieges des Weltkapitals gegen Sowjetrußland. Sowjetrußland hat auf die schamlose Note des englischen Imperialismus in einer Weise geantwortet, die den Interessen und der Würde des ersten proletarischen Staates entspricht. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit zu Verhandlungen über alle Streitfragen mit der englischen Regierung; aber gleichzeitig sagt sie dem englischen Kapital: Vor der Hundepelle werden wir nicht lutschen! Das proletarische Rußland ist kein Vasall der Entente. Alles, was nicht nur die englischen Arbeiter, sondern was die englischen Liberalen als eine mögliche Basis für den Frieden zwischen England und Rußland genannt haben, ist in der Note erfüllt. Und trotzdem: Macht euch keine Hoffnungen! Das imperialistische England, Lord Curzon, der Knecht der Jaber, wird nicht zurückweichen. Sie haben den Krieg schon beschlossen. Wenn sie nicht von ihm sprechen, so darum, um desto leichter das Parlament für den Bruch zu gewinnen.

Die Weiterentwicklung der Dinge stellen sie sich ganz einfach vor: Die Vasallen der Entente werden ihre Gesandtschaften aus Moskau zurückziehen. Die Blockade der russischen Einfuhr und Ausfuhr wird das sich zu erholen beginnende Land in große Not stürzen. Die Banden der ukrainischen, armenischen Söldlinge der Entente werden über Polen und Rumänien wie unter dem Schutze der englischen Flotte im Schwarzen Meere nach Rußland eindringen, die Eindringung der Ernte dieses Jahr verhindern. Sowjetrußland wird genötigt sein, gegen die Nachbarstaaten, die ihren Boden zum Ausfallort gegen die russischen Arbeiter und Bauern machen werden, zum Schwerte zu greifen. Und dann wird der Krieg des Weltkapitals gegen das russische Proletariat und Bauern als Verteidigungskrieg der europäischen Zivilisation gegen die russische kommunistische Barbarei, gegen den roten Imperialismus des Massen des Kleinbürgertums schmählich gemacht. Inzwischen werden die Rüstungen aufs eifrigste betrieben.

Das erdroffelte Deutschland als Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland

Wenn es Arbeiterkreise in Deutschland gibt, die geglaubt haben, es handele sich hier nur um ein Kesseltreiben gegen Sowjetrußland, wann sogar die Sozialdemokratie gedacht hat, sie könne sich anbieten bei dem englischen Imperialismus, um seine Hilfe gegen den französischen zu finden, so beweist die am 13. Mai 1923 Deutschland eingehändigte Note der englischen Regierung in der Reparationsfrage, daß auf dem Schlag gegen Sowjetrußland der Schlag gegen Deutschland erfolgen muß. England hat bisher Miene gemacht, als sei es gegen die rücksichtslose Ausbeutung Deutschlands durch den französischen Imperialismus. Es wollte so den deutschen Michel gewinnen für den Fall, daß es einmal genötigt sein wird, gegen das immer rücksichtsloser auftretende Frankreich mög-

lichst große Kräfte zu mobilisieren. England ist leht genötigt, dieses Spiel fallen zu lassen. Frankreich ist in diesem Augenblick noch nicht entschlossen, gegen Sowjetrußland zusammen mit England zu marschieren. Es spekuliert darauf, daß bei einem englisch-russischen Bruch das französische Kapital eventuell Einfluß in Rußland gewinnen könnte. Um Frankreich zu gewinnen zum Kampfe gegen Sowjetrußland gibt ihm England freie Hand in Deutschland. Lord Curzon erklärt in seiner Note der deutschen Regierung, die auf ihn gehofft hat: Laßt die Hoffnung fahren! Zahl, was Frankreich fordert, und schneidet die Riemen aus der Haut der deutschen Arbeiter.

Ansichts der englischen Einigung mit Frankreich wird die deutsche Bourgeoisie kapitulierte. Die Tage des Widerstandes an der Ruhr sind gezählt. Die deutsche bürgerliche Regierung wird dem Geheiß Frankreichs und Englands gemäß den Riemen aus der Haut der deutschen Arbeiter, Kleinbürger, Beamten zu schneiden versuchen. Und sie wird darum genötigt sein, das deutsche Proletariat niederzuwerfen, an Händen und Füßen zu fesseln. Wenn das gelingt, ist Deutschland das Aufmarschgebiet der Entente gegen Sowjetrußland. Es steht dann offen für die Munitionstransporte nach Polen. Die deutschen Proletarier werden beurteilt sein, nicht nur dafür ihren Schweiß zu vergießen, daß die Entente ihre Reparationen kriegt, sondern sie werden auch dafür zu arbeiten haben, daß es genug Granaten in Polen gibt, mit denen russische Arbeiter niedergeschlagen werden.

Steht auf, Arbeiter Deutschlands, zur Abwehr!

Arbeiter Deutschlands! Die Stunde der Entscheidung naht! Die Stunde, in der eure Geschichte für viele Jahre bestimmt werden. Die

Nieder mit dem neuen Krieg gegen Sowjetrußland!

Nieder mit dem englisch-französischen Imperialismus, der das deutsche Volk erdroffelt will!

Nieder mit der bürgerlichen Regierung, die morgen das deutsche Proletariat dem Entente-Kapital ausliefern wird, um übermorgen mit dem Entente-Kapital gegen die russischen Proletarier zu kämpfen!

Es lebe die Arbeiterregierung, die das Bündnis mit Sowjetrußland schließen wird, die das deutsche Volk bewahren wird vor der Verfassung durch die Entente!

Auf in den Kampf, Proletarier! Es geht um eure Zukunft! Es geht um alles!

Berlin, 14. Mai 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Komm. Intern.)
Internationales Aktionskomitee gegen Kriegsgesahr und Faschismus.
Union der Hand- und Kopfarbeiter Osefentischen.
Bund der ausgeschlossenen Banarbeiter Deutschlands (Ghemmit).
Deutscher Schifffahrtsbund Hamburg.
Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten.

Der russisch-englische Konflikt

Debatte im Unterhaus. — Macdonald für Sowjetrußland.

London, 15. Mai.
Im Unterhaus fand heute die Debatte über die englisch-russischen Beziehungen statt. Der Führer der Oppositionen Ramsay Macdonald forderte, daß die Beziehungen mit Rußland nicht nur fortgesetzt, sondern auch wirksamer als bisher gestaltet werden. Die russische Regierung müsse genau in derselben Weise behandelt werden, wie seinerzeit die zaristische Regierung. Macdonald forderte die Regierung auf, die Dokumente, die sich auf ihre Vorbereitung begründen, wörtlich zu veröffentlichen.

englischen Arbeiter erheben sich gegen die Kriegsgesahr. Zum ersten Male seit dem Jahre 1920 spricht die englische Arbeiterklasse eine Sprache des Kampfes. Am 15. Mai treten die englischen Seeleute zusammen, um den Boykott der Munitionstransporte zu beschließen. Es gilt, daß der letzte Prekäre und die letzte Arbeiterin in Deutschland versteht, um was es sich handelt, daß der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin sich vorbereiten für den Kampf.

Am Mittwoch wird von Berlin der Leichnam des ersten Opfers in diesem neuen Kriege der Bourgeoisie gegen das Proletariat, der Leichnam des Sowjetgesandten Genossen Worowski, nach Moskau transportiert. Genosse Worowski, einer der Begründer der Kommunistischen Partei Rußlands und der Kommunistischen Internationale, Genosse Worowski, das Mitglied der ersten Exekutive der Kommunistischen Internationale, fiel auf seinem Posten als der Vertreter des ersten proletarischen Staates, gemeuchelt durch einen Fabrikantensohn, durch einen schweizerisch-russischen zaristischen Offizier. Das Proletariat Deutschlands wird ihm auf seiner letzten Fahrt in sein proletarisches Heimatland das Geleit geben.

Die letzte Fahrt Worowskis wird den Aufmarsch der deutschen Proletarier sehen

Über damit beginnt erst der Kampf.
Überall im ganzen Reiche gilt es, in den Betrieben und Fabriken Versammlungen abzuhalten, die die Arbeiterklasse über den Ernst der Situation aufklären.

Überall im ganzen Reiche sind proletarische Hundertschaften zu bilden gegen den kommenden Ansturm der Faschisten.

Überall im ganzen Reiche gilt es, das Proletariat zu sammeln unter den Losungen

Die Antwort Sowjetrußlands

Die Sowjetregierung hat die zehntägige Oalgenfrist, die ihr der englische Sklavenhalter Lord Curzon zugedilligt hat, nicht ausgenutzt. Am 11. Mai pändigte sie dem englischen Vertreter eine Note ein, die zu den Ehrendokumenten in der Geschichte des proletarischen Kampfes gehören wird.

Während das russische Proletariat wie unter dem Schläge einer Peitsche bei der Nachricht von der englischen Note und der Ermordung des Genossen Worowski sich aufgedümt hat, steht die Sowjetregierung ruhig und geschlossen da als der Anwalt des Friedens, nicht nur für Rußland, sondern für die gesamte Welt. Sie macht den letzten Versuch zur Rettung des Friedens. Sie läßt die zu Recht konfiskierten englischen Schiffe frei; sie erklärt sich bereit, den Engländern Entschädigungen zu zahlen für Verhaftungen, wenn die englische Regierung auch die russischen Bürger entschädigt, die sie ohne Gericht jahrelang in Gefängnissen gehalten hat. Sie annulliert praktisch die Note, in der sie auf die Einmischung Englands in die inneren russischen Angelegenheiten Lord Curzon die Antwort gegeben hat, die er verdiente. Sie zeigt also die englischen Stilleiten und zeigt, daß sie über den heimlichen Prestigerückichten der bürgerlichen Regierungen steht. Aber gleichzeitig erklärt sie mit Stahlfähre, daß sie mit sich in der Sprache der Ultimata, in der Sprache der Drohungen nicht reden läßt.

Obwohl die in den letzten Monaten in Europa erstarkende Reaktion gegen die Arbeiterklasse und die ihr wie immer auf dem Fuße folgende Verstärkung der Feindschaft gegen die Sowjetrepubliken Schritte befürchten ließ, die gegen die Republik der Arbeiter und Dauern gerichtet sein würden, bedeutet trotzdem das Ultimatum der englischen Regierung eine große Ueberraschung, was seine Schärfe und Feindschaft betrifft. Der Weg der Ultimata und der Drohungen ist kein Weg zur Erledigung der Gegensätze unter den Staaten. In jedem Falle ist es nicht der Weg, auf dem richtige Beziehungen zu den Sowjetrepubliken erreicht werden können. So beginnt die Note der Sowjetregierung. Und sie sagt weiter:

„Die russische Sowjetregierung hält es für eine der Hauptursachen der immerfort wiederkehrenden Mißverständnisse zwischen Sowjetrußland und der englischen Regierung, daß der verfallene Friede Beziehungen geschaffen hat, in denen gewisse Kreise der Entente es ablehnen, mit anderen Staaten auf dem Boden der Gleichheit zu verhandeln. Ohne es zu leugnen, daß eine große Anzahl der Staaten in den letzten Jahren wirklich in vollkommene oder teilweise Abhängigkeit zu den Ententeländern geraten sind, hält es die Sowjetregierung für ihre Pflicht, zu erklären, daß die Sowjetrepubliken sich in keiner Abhängigkeit von dem Willen einer ausländischen Regierung befinden, befinden können oder befinden werden. Würden die herrschenden Kreise Englands diese Tatsache anerkennen, so würde die Hauptschwierigkeit zur Herstellung normaler, ruhiger Beziehungen, die im Interesse der beiden Staaten liegen, weggeräumt werden.“

Die Sowjetrepublik spricht zu dem mächtigsten kapitalistischen Staat Europas: Schwinge deine Peitsche über die kapitalistischen Länder, die du besetzt hast, deren Bourgeoisien lutschen. Wir aber, der erste Staat der Arbeiter und Proletarier, wir lutschen vor deiner Peitsche

nicht, wie sehr wir den Frieden wollen. Wir wollen den Frieden, und darum machen wir Vorgehensregeln, raffen nicht mit dem Säbel, aber wenn ihr Herren des Weltkapitals glaubt, daß ihr uns das Joch auferlegen könnt, so kommt und versucht es! So spricht das Proletariat, das sich von der eigenen Bourgeoisie befreit hat, zu der siegreichen Bourgeoisie der Welt.

Die Sowjet-Regierung leugnet nicht, daß zwischen ihrer Politik und der Politik des englischen Kapitals im Orient große Gegensätze bestehen. Wie könnte es anders sein. Die Sowjetregierung sucht ungleichmäßig und freundschaftlich den aufwachsenden Bauernvölkern des Ostens zu helfen in ihrem Kampfe gegen die eigenen und fremden Ausbeuter. England ist der Massenpart des Ostens. Aber die Sowjetregierung erklärt sich bereit, über die konkreten Klagen Englands zu beraten, zu versuchen, den Zusammenstoß aus dem Wege zu gehen. Nur eine sagt es den englischen Imperialisten: Wenn ihr glaubt, daß ihr uns zwingen könnt, eure Politik zu führen, so irrt ihr. Wir werden nur die Politik der russischen Arbeiter und der russischen Bauern treiben.

Die Sowjetregierung schlägt der englischen Regierung die Einberufung einer russisch-englischen Konferenz vor, die alle Streitfragen erledigen kann. Wehrt der englische Imperialismus diesen Vorschlag ab, so trägt er die Verantwortung für die kommenden Dinge. Er trägt die Verantwortung für Friede oder Krieg, denn einen Staat von 150 Millionen Menschen kann man nicht ignorieren. Entweder man lebt mit ihm in Frieden oder man führt mit ihm Krieg. Ein Drittes gibt es nicht. Und die englische Regierung wird zu entscheiden haben, ob sie den Frieden oder ob sie den Krieg will.

Würde die Entscheidung nur von den englischen Junkern und Kapitalisten abhängen, es wäre um jede Hoffnung getan. Aber es ist noch die Hoffnung da, daß im letzten Augenblick das englische Proletariat, vor diese Konsequenz gestellt: Krieg oder Frieden, sich an die schrecklichen Erfahrungen des Krieges erinnern wird und die Junker aus der Downing Street an die Kandare nimmt. Zut dies das englische Proletariat nicht, dann wird sich das Wort des englischen Arbeiterblattes erfüllen, daß das englische Ultimatum an Rußland dem österreichischen vom Jahre 1914 gleiche. Und wir sagen hinzu: Und dann wird es die Sache des internationalen Proletariats sein, daß die Verbrecher von der Downing Street so enden wie die Verbrecher vom Wiener Ballplatz.

Das freibehaltene Spiel der Reder vor dem Reichstag

Annahme einer kommunistischen Entschliessung zur Behebung der Bauertätigkeit. — Brandmarlung des Studienbegrümmels.

Berlin, 15. Mai.
Der Reichstag verhielt am Dienstag weiter die Saas in dritter Lesung durch. Beim Haushalt des Innern forderte die Sozialdemokratie die Errichtung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums. Eine Entschliessung der Reichsversammlung, die eine Prüfung der Frage verlangt, ob die Organisation der jüdischen Landespolizei den reichsrechtlichen Bedingungen entspricht, wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Bei der dritten Lesung des Haushalts des Reichsgesundheitsministeriums verlangte Genosse Thomas Härtel über die Rederzeiten, die in gar nicht seltenen Fällen notwendig sind, besonders Frachtschiffe, die durch das Leben der Arbeiter Menschen aus kapitalistischen Rücksichten gepfercht sind. Zur Überwachung müsse ein Reichsgesundheitsamt eingerichtet werden. Die vom Genossen Thomas vorgebrachten schweren Beschuldigungen wurden auch von den sozialdemokratischen Rednern hoch und heulend unterstützt und durch weitere Beispiele ergänzt, die nicht selten Menschenleben aufs Spiel gesetzt werden. Ein Ministerialdirektor schloß sich dem Minister in anmaßendem Ton das Rederecht in Bezug zu nehmen. Dabei sind die griechischen deutschen Redner und kein Haar für es die norwegischen, holländischen, englischen usw. die Sorglosigkeit auf der Hand. Die Ernennungsbefugnis liegt in dieser Beziehung durchaus beim König und die Rederzeitungen es, um des Profites willen, durch unzulässige Manipulationen auch bei diesen Fällen von Menschenleben zu spielen zu lassen. Genosse Thomas führte dann an Hand seines Materials einen Fall aus der Zeit an, wo ein Hamburger Dampfer, der bereits im Jahre 1911 von einem infolge seiner Damm für lebenswichtig erklärt wurde, und der trotzdem bis November 1922 weiterfuhr, und dann infolge seiner Damm gel in der Nordsee untergegangen ist. Am gleichen Tage ging auch das Schwedische Dampfer dieses Dampfers unter. Ebenfalls an den Dammgeiz. Von beiden Belastungen wurde nur ein Mann gerettet. Dieser Vorgang war

Dolchstoß gegen die proletarische Einheitsfront

Severing löst die proletarischen Hundertschaften auf

Berlin, 15. Mai.
Der sozialdemokratische Minister Severing hat seinen Schandtat gegen das Proletariat eine neue Hingefügt. Er hat am 12. Mai auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik (1) die proletarischen Hundertschaften für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß die proletarischen Hundertschaften durch Ausübung politischer Befugnisse wie Straßenpatrouillen und Postendienste verbunden mit Selbstbestimmungen, sich staatliche Hoffschritte anmaßten, bei denen es unter teilweise gewalttätigen Ausschaltungen der berufenen Sicherheitsorgane wiederholt zu blutigen Überfällen und Zusammenstößen gekommen sei. Die proletarischen Hundertschaften stellen sich hiernach im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches als Verbindungen dar, zu deren Zweck und Betätigung geheime, Maßregeln der Verwaltung durch ungesetzliche Mittel zu verhindern und zu entkräften. Nach den öffentlichen Werbungen, der militärischen Organisation und der Bewaffnung seien die proletarischen Hundertschaften tatsächlich auch dazu ausersehen, den offenen Kampf vorzubereiten und zu führen. Dieser Kampf solle sich nach den verschiedensten Veröffentlichungen der kommunistischen Presse angriffsweise gegen alle nichtkommunistischen Teile des Volkes, gegen das Bürgertum, die Sozialdemokratie und letzten Endes gegen die verfassungsmäßig festgestellte Regierung selbst richten. Die proletarischen Hundertschaften seien somit staatsfeindliche Verbindungen.

In einem Augenblick, wo die Faschisten aller Schattierungen fieberhaft rüsten, wo in allen Teilen Preußens, besonders in Oberschlesien, Orgeschaffen aufgefunden werden, verbietet Herr Severing die proletarischen Hundertschaften und löst sie auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik auf!

Auf Grund jenes Gesetzes, das auf das stürmische Drängen des gesamten Proletariats einschließend der sozialdemokratischen Ar-

beterschaft nach dem Rathenau-Mord eingebracht wurde und ein Schulwall sein sollte gegen den Ansturm der Konterrevolutionäre. Die sozialdemokratische Führerclique begnügt sich nicht damit, aus diesem von den Massen geforderten Schutzes eine Spottgebürt und ein Ausnahmengesetz gegen die Kommunisten zu machen. Herr Severing krönte den sozialdemokratischen Führererrat dadurch, daß er das Gesetz zum Schutze der Republik zu einem Ausnahmengesetz gegen die gesamte Arbeiterschaft in Preußen macht.

Während die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam mit uns Kommunisten über die Notwendigkeit der proletarischen Hundertschaften vollkommen einig sind, führt der Sozialdemokrat Severing den Dolchstoß in den Rücken der Abwehrfront des Proletariats.

Die gesamte Klassenbewußte Arbeiterschaft in Preußen, die nicht gewillt ist, sich von den Faschisten widerstandslos abzugeben, wird die neueste Schandtat des Renegaten Severing mit einmütigem, flammendem Protest beantwortet.

Die Arbeiterschaft darf Herrn Severing nicht darüber im unklaren lassen, daß die Morgenröte der er drohen Koalition mit der Auflösung der proletarischen Hundertschaften entgegenbringt, sie nicht daran hindern kann, die wenigen Maßnahmen zur Abwehr des Faschismus aufrechtzuerhalten, die sie im Interesse ihrer Selbsterhaltung nach wie vor für notwendig hält.

Herrn Severing muß aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften, aus überfüllten Volksversammlungen und aus den Versammlungen seiner eigenen Parteigenossen eine Antwort entgegenhalten, daß ihm die Ohren gellen!

einer von unzähligen, beweist, daß die Reder kühl und jählich mit Menschenleben unspringen, wenn sie ihre disqualifizierten, aber doppelt verhängten Schiffe in See schicken. Wenn nicht schnelle Hilfe geschieht, werden die Seeleute durch einmütige Arbeitsverweigerung ihr Recht zu erzwingen haben.

Unter den in Bausch und Bogen erledigten Entschliessungen wurde auch bei Schwach befestem Hause, da die Linke stärker vertreten war, eine kommunistische Entschliessung angenommen, in der 500 Milliarden Mark gefordert werden zur Behebung der öffentlichen Bauertätigkeit.

Der Etat des Reichsfinanzministeriums wurde beantragt, wobei sich der Reichstag mit der Auflösung des Reichsschatzministeriums einverstanden erklärte. Auch der Postetat und der Reichsstaatsetat wurden zur Verhandlung bewilligt.

Beim Etat des Reichswehrministeriums kritisierte Genosse Thomas nach dem sozialdemokratischen Redner Schäfflin die offizielle Verwendung der Reichswehr zu Paraden vor Hindenburg und den Hofzeremonien. Wenn die alt geteilten Herrschaften eine Gemeinde brauchen, vor der sie immer wieder ihre Geborgenheit suchen, dann mögen sie sich diese Gemeinde suchen, oder aber, wenn man die republikanische Reichswehr zu solcher monarchistischer Künstlerlei verwenden will, dann soll man aller Herrscher, auch der Kommunisten, das Recht einräumen, vor der Reichswehr Propaganda zu betreiben.

Der Reichsminister Celler machte in seiner Antwort eine jammervolle Figur. Er erklärte, die Republik sei stark genug, um gegen alle Reder toleranter zu sein, was die Rechte der Herren mit einem verächtlichen Winken beantwortete.

Stüßige Aufnahme der russischen Note in England

London, 15. Mai.
Die Presse befaßt sich eingehend mit der russischen Antwortnote. Die heutige Debatte im Unterhaus über die russische Frage, bei der, wie bekannt, außer Ramsay MacDonald auch Lloyd George über die Aufhebung des von ihm abgeschlossenen britisch-russischen Handelsabkommens sprechen wird, wird mit großem Interesse entgegengelesen. Daily Chronicle, der in der russischen Note Anzeichen eines verächtlichen Seines sieht, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die britische Regierung die durch die russische Note gebotene Gelegenheit, aus dem Zustande des Ultimatus herauszukommen, benutzen werde. Daily News meint, die russische Antwortnote spreche die Sprache des Friedens und gebe dem Kabinett ungezeichnete Gelegenheit, das Ultimatum ohne Verlust der Ehre auszulösen. Beim Lord Curzon und die übrigen Staatsminister im Kabinett nicht entschlossen sein, so wäre es, was es wolle, die Beziehungen abzubrechen, so kann man nicht einsehen, wie dieses Angebot abgelehnt werden kann. Das russische Angebot scheint ansow-

zeichnete Gelegenheit zu bieten, um die englisch-russischen Beziehungen auf eine vollkommen neue Grundlage zu stellen. Daily News zweifelt, daß die britische Regierung bereit sei, die Verantwortung für eine glatte Ablehnung zu übernehmen. Der diplomatische Berichterstatter des Blattes schreibt, die russische Note sei genügend geschickt entworfen, um den größten Teil der Verantwortung für den Bruch der Beziehungen auf die britische Regierung fallen zu lassen. England werde der Weg leicht gemacht, eine Regelung zu vereinbaren, wenn es wirklich eine Regelung wünsche. Westminster Gazette schreibt, wichtig sei in der russischen Note der Beweis, daß die russische Regierung bestrebt sei, eine Regelung auf friedlicher Grundlage zu erzielen. Die russische Note schreibt mit Recht den größten Teil der Schwierigkeiten der Weigerung gewisser Mächte zu, die russische Regierung auf Grundlage der Gleichheit zu behandeln.

Gegen die russische Note und für Bruch der russisch-englischen Beziehungen sprechen sich die „Times“ und „Daily Telegraph“ aus.

Die sozialdemokratischen „Schimpfholde“

Sie sozialdemokratischen Zeitungen bringen täglich einen Katalog von Schimpfwörtern, mit denen die Kommunisten angeblich ihre Parteifreunde im Preussischen Landtag bedacht haben. Daß aber in Wirklichkeit die sozialdemokratischen Abgeordneten in schamloser Weise die Kommunisten seit langem beschimpft haben, beweist ein Auszug aus dem amtlichen Stenogramm der Landtagsitzung vom 18. Oktober 1922. Beim Etat der Domänenverwaltung wandte sich Genosse Schulz-Kenslin gegen die Politik der SPD. Er führte aus:

„Ihre Partei hat nie den ersten Willen gehabt, weder „geeignete“, noch in Ihrem Sinne „ungeeignete“ Industriezweige in die Sozialwirtschaft überzuführen. Und sie haben nicht den ersten Willen — das bestreite ich Ihrer Fraktion und Ihrer Regierungslenten — geeignete oder ungeeignete Domänen in Selbstwirtschaftung zu nehmen. (Sehr laut! bei den Komm.) Sie sind es, die es den Domänenpächtern ja überhaupt erst ermöglichten, diese schamlose Auswucherung aufzunutzen. (Laut von der SPD.) Sie sind ein ganz frecher Dursche! Herr Gehrmann, wie soll man sich mit Ihnen in einem Streit einlassen. Sehen Sie, Herr Gehrmann, wenn ich mich mit Ihnen in eine Streitfrage einlasse (Abgeordneter Gehrmann: Dann tritt Sie eine auf's Maul! — Heiterkeit.) Ich weiß, daß Sie sehr schlagkräftig sind, aber Sie müssen sich vorsehen. Sie wissen, daß eine Schmedeshaup unter Umständen viel wert sein kann.“
Gegen polnische Ausführungen und Auseinandersetzungen der Kommunisten Schimpfwörter der SPD-Abgeordneten. Die Schlagwort-Methoden der Heilmann und Leinert ist durch das amtliche Stenogramm entfallt

Eine Rundgebung von Mar Hölz

Genosse Mar Hölz, der zum Ehrensoldaten der roten Armee ernannt wurde, hat folgendes Antwortschreiben an seine Kameraden gerichtet.

Breslau, Zuchtshaus, 6. Mai.
An die Kameraden der 15. Abteilung der Blatkaer Division des Moskauer Bezirks, Kavallerie-Abteilung Nr. 1.
Genossen, Kameraden!

Ich erhielt heute das von den Kameraden Mutath und Kolljardin ausgesetzte Goldbuch der 1. proletarischen Roten Armee.
Für die Befundung Eurer brüderlichen Solidarität durch meine Aufnahme in den Verband der roten Truppen danke ich Euch herzlich.
Die Geburtskunde der deutschen Roten Armee rückt mit unabwendbarer Sicherheit näher; während wir eingelernten Märzkämpfer in dem aufzuringelnden Passiv-Feindmüssen vegetieren, leisten Polinare und seine Getreuen die beste Vorarbeit für die kommende Vereinigung der deutschen und russischen Roten Armee.
Daß der Tag dieser Vereinigung nicht mehr ferne ist, darüber herrscht hier kein Zweifel. Die Blutsaat des kapitalistischen Irrens reißt auch bei uns der Erde entgegen.
Nur für uns eingelertete, die wir mit brennenden Herzen diesen Tag herbeiwünschen, werden die Tage des Wartens mühsens zu Jahren.
Wir deutschen revolutionären Kämpfer bewundern den heldenmütigen und zähen Kampf der russischen Brüder und Kameraden, und unser heißer Wunsch ist, an Eurer Seite, Schulter an Schulter mit Euch, für die gemeinsame Idee der Internationalen zu kämpfen.
Ich grüße — zugleich im Namen aller eingelernten deutschen Kameraden, die Brüder und Kameraden der Roten Armee Rußlands.
Es lebe das siegreiche internationale Proletariat! Es lebe die siegreiche Rote Armee des 1. Arbeiterstaates Rußland! Euer
Mar Hölz

Gegen die Leinert-Schmach

Die Leinert und Heilmann, die gehofft hatten, mit Algen und Verdrehungen die Empörung der Arbeiter über den Polizeifandal im Landtag von sich abzulenken, haben sich getäuscht! Überall wo die Arbeiter in Betrieben, Gewerkschaften und Versammlungen zusammenkommen, protestieren sie einmütig gegen den schmachvollen Hinandrang der Kommunisten aus dem Landtag durch Leinerts Polizeiböser.

Die am 9. Mai tagende Gesamtfunktionär-Versammlung der Telegraphenarbeiter Groß-Berlins fordert in einer einmütig angenommenen Resolution die Wiederherstellung der Rechte der kommunistischen Abgeordneten, keine Herbeiführung von Rechtsunterdrückungen gegen die gewählten Volksvertreter, sowie die Entfernung des Polizeipräsidenten aus dem Abgeordnetenhaus.

In Fürstentum

Sind 5000 Arbeiter zusammengekommen, die nach Annahme einer entsprechenden Resolution ein vielstimmiges Hoch auf die revolutionäre Einheitsfront anstimmten. In der Bauhzer Grube Erla sprachen die Gewerkschaften einmütig ihre Entzürung über die Polizeischmach aus, brandmarkten das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten und drückten der kommunistischen Fraktion des Preussischen Landtags ihr vollstes Vertrauen aus.

Die Altonaer Arbeiterschaft

Die Altonaer Arbeiterschaft nahm in ihrer jüngsten Versammlung eine Resolution an, in der es heißt:
Die hier versammelte tausendköpfige Arbeiterschaft protestiert auf das entschiedenste gegen die Polizeibösermethoden und das Schupo-Regiment im Preussischen Landtag, durch das die kommunistischen Abgeordneten mundtot gemacht und der primitiven Rechte der bürgerlichen Demokratie beraubt werden sollen. Die Arbeiterschaft verlangt sofortige Herstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments, den Bruch mit der Koalitionspolitik und den Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterführer zum einheitlichen Kampf.

Eine Volksversammlung in Hanau

forderte am 11. Mai die Zurückziehung der Polizei aus dem Landtag, die Wiederaufnahme der Kommunisten und Verantwortungsmachung der wirklich Schuldigen.
In Hanau, der Residenz Leinerts und Postes, demonstrierte am Sonntag eine überfüllte öffentliche Volksversammlung gegen den Gewaltstreik Leinerts. Dieser war schriftlich eingeladen, hatte aber erklärt, er lehne es ab, sich vor dieser Versammlung zu rechtfertigen.
Leinert weiß, warum.

Genosse Ailian hat bei dem Angriff der sozialdemokratischen Brüggelhelden im Landtag einen Rippenbruch erlitten und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter ist der sozialdemokratische Landrat und Abgeordnete Leinert. Leinert schreitet aber gegen das sozialdemokratische Heberfallkommando nicht ein. So werden sich unsere Genossen innerhalb und außerhalb des Parlaments ihr Recht selbst verschaffen müssen.

Vom Tage

Ein Flugzeug abgeführt
Die die Blätter melden, ist ein englisches Verkehrsflugzeug, das von Paris nach London flog, gestern abend in der Nähe von Amiens abgeführt und verbrannt. Die sechs Insassen des Flugzeuges, der Pilot, der Monteur und vier Passagiere, fanden den Tod. Ihre Leichen waren vollkommen verkohlt.

Von Seeräubern überfallen

Reuter meldet aus Hongkong: Der chinesische Dampfer Taihym ist auf der Fahrt von Hongkong nach Sanghai von Seeräubern überfallen worden. Den Seeräubern fielen dabei 6000 Teller in die Hände.

Zur Liquidation der Parteidifferenzen

Die Besprechung der deutschen Delegation der Parteimehrheit und der Opposition mit der Exekutive in Moskau hat nach sehr gründlicher Aussprache über die taktischen Differenzen in der RPD zu einer Verständigung geführt.

Resolution zu den Differenzen in der RPD.

Die Exekutive der Kommintern begrüßt es, daß die Zentrale der RPD die Beständigungskonferenz einberufen hat zum Zwecke der Liquidation der seit längerer Zeit in der Partei bestehenden Differenzen und zur Erzielung einer einheitlichen Arbeit aller Mitglieder der Partei.

II.

Die Differenzen in der Partei haben zur Grundfrage den langsamen Gang der revolutionären Entwicklung in Deutschland, und die durch ihn erzeugten objektiven Schwierigkeiten, die in der Partei rechte wie linke Abweichungen erzeugen.

Die rechten Abweichungen finden ihren Boden in den Schwerkriegzeiten, die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus dem Pann der reformistischen Gewerkschaftsführer zu peifen. Sie finden ihren Ausdruck in einem Teil der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, die unter dem Druck der Massen anderer Partei beitreten, ohne bis zu Ende das kommunistische Programm und die Taktik angenommen und begriffen zu haben.

Über und der vierte Weltkongress der Kommintern im Auge, als sie von den Gefahren sprachen, die die Anwendung der Taktik der Einheitsfront in sich birgt. Die Taktik der Einheitsfront wurde von den genannten Elementen nicht als ein Mittel der Trennung der Arbeitermassen von der reformistischen Politik angewandt, sondern als Mittel der Anpassung der kommunistischen Partei an die reformistischen Führer.

Die Zentrale der RPD hat in ihrer im allgemeinen richtigen Politik nicht immer verstanden, diese Gefahren rechtzeitig zu bekämpfen. In einzelnen Wendungen, die die Zentrale gebraucht hat sie aus Nichtbeachtung dieser Gefahr den rechten Tendenzen Stützpunkte gegeben. So z. B. wenn die Zentrale in ihrer Resolution über die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats, die dem Leipziger Parteitag vorgelegt wurde, die Wendungen gebraucht von der Notwendigkeit der Annäherung an die Illusionen und Vorurteile und die Bedürfnisse der breitesten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, oder wenn sie in derselben Resolution sagt, die Arbeiterregierung werde, gestützt auf die vorhandenen Machtmittel des Staates, den Kampf führen. Diese Rebenwendungen sind zweifellos ohne falsch. Die kommunistische Partei knüpft an die einfachsten Bedürfnisse der Arbeitermassen, sogar einen psychologischen Zustand an, aber mit dem Zwecke, die Illusion in der Arbeiterklasse in schämen, geduldeten Kampfe aus der Welt zu schaffen. Sie nimmt teil an den Kämpfen der breitesten Arbeitermassen trotz dieser Illusionen, die durch die Erfahrungen des Kampfes überwinden werden. Aber die kommunistische Partei knüpft nicht an die Illusionen. Wenn die kommunistische Partei gegen die Gefahren, die der bürgerlichen Republik von Seiten der Faschisten drohen, kämpft, obwohl sie die Partei der proletarischen Diktatur und nicht der bürgerlichen Demokratie ist, so bedeutet das keine Annäherung an demokratische Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern es ist die Verteidigung der direkten Interessen der Arbeiterklasse, die nicht befriedigt werden können von der Demokratie, um die es aber unter der weißen bürgerlichen Herrschaft noch schlechter bestellt wäre als in der bürgerlichen Demokratie. Die Arbeiterregierung kann ausgehen von den bestehenden demokratischen Institutionen, die überwinden werden, wenn der Angriff der Bourgeoisie der Arbeiterklasse in ihrer großen Mehrheit, auch den sozialdemokratischen Arbeitern, das Bewusstsein beibringt, daß die Demokratie für nicht die genügenden Mittel zum Kampfe um die proletarischen Interessen gibt. Aber in dem Moment, wo die Arbeiterregierung ihr Programm durchzuführen beginnt, und sich wehren muß gegen die Bedrohung ihrer Existenz durch die Bourgeoisie, in diesem Moment muß sie die Machtmittel des bürgerlichen Staates zerbrechen und sich proletarische Machtmittel schaffen. Sogar für den Fall, daß sie scheinbar dieselben Formen benutzt wie der bürgerliche Staat — Polizei und Reichswehr — wird es nicht die heilige Schupo und Reichswehr in der augenblicklichen

Zusammenfassung und Führung sein können. Es wird notwendig sein, organisierte Klassenbeweise Arbeiter unter eigener Führung als Machtmittel des Staates zu konstituieren.

Die genannten falschen Wendungen in der Resolution der Zentrale entstammen ihrem Willen zum Einbringen in die breitesten, noch nicht kommunistischen Massen des Proletariats, die die Zentrale weiter führen will zum Kampfe um die Diktatur des Proletariats. Nicht in der Taktik der Zentrale gibt Anlass, bei ihrer eine Politik der Annäherung an das Dilemma zu erröthen und zu besichtigen. Durch solche falsche Wendungen hätte sie sich jedoch den Kampf gegen zweifellos bestehende rechte Tendenzen in der Partei erschwert, die ungesondert, nicht klar ausgebildet vorhanden sind. Durch solche Wendungen hat die Zentrale das Mißtrauen der Kreise in der Partei genährt, die zu linken Abweichungen neigen.

In diesen Kreisen, die durch die Berliner und Hamburger Beständigungskonferenz repräsentiert werden, äußert sich die Unzufriedenheit tüchtiger proletarischer Elemente mit der Tatsache, daß die RPD, noch nicht imstande ist, jetzt den Kampf zu führen um die sofortige Eroberung der Macht, daß sie genötigt ist, Schritte für Schritt um die einfachsten Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu kämpfen. Diese proletarischen Kreise besichtigen, daß, indem die Partei um die nächsten, einfachsten Interessen der Arbeiterklasse kämpft, sie sich in eine reformistische Partei verwandelt. Diese Arbeiterkreise besichtigen, daß die Einheitsfronttaktik der RPD nur ein Mittel darstellt zur langsamen Annäherung einer Verformung mit der Sozialdemokratie auf dem Boden des gemeinsamen Kampfes um die nächsten Arbeiterinteressen. Der Zustrom solcher proletarischer Elemente zur Partei, die jeder politischen Erfahrung beraubt, noch die Kinderkrankheiten durchmachen, die die Grundlage der RPD in der Vergangenheit bildeten, muß in der Partei dauernd von neuem linke Abweichungen erzeugen.

Diese linken Abweichungen mühen sich mit Recht von der Zentrale bekämpft werden, wenn sie uns, wie in der Ruhrfrage, in hartem Kampfe hätten führen können (z. B. die Überwindung der Minderheit, die Betriebe in Ruhrgebiet unter den gegebenen Umständen zu besetzen), bei denen die Partei eine schwere Niederlage erleiden würde; oder wenn sie, wie in der sächsischen Frage, zur Isolierung der RPD von den proletarischen Massen, die sich auf dem Wege zu uns befinden, führen würden. Aber der Erfolg gegen die linken Tendenzen konnte nur mit Erfolg geführt werden, wenn die Zentrale der RPD in erster Linie durch den Kampf gegen die rechten Elemente dem revolutionären Mißtrauen der linken Kreise Grund unter den Füßen fortzog.

Die Exekutive stellt fest, daß die Vertreter der Opposition in ihrer gemeinsam mit der Zentrale unterzeichneten Erklärung der Einigungskonferenz anerkannt haben, daß die bestehenden tatsächlichen Differenzen nicht so groß sind, daß sie ein Zusammenarbeiten von Parteimehrheit und Minderheit hemmen können. Damit ist zugegeben, daß die politische Anlage

gegen die Zentrale und die Mehrheit der Partei, ihre Politik, führte zur Liquidation der kommunistischen Staatsgewalt, gründlich ist. Indem die Exekutive dies feststellt, erklärt sie, daß jeder Versuch der Ausprägung der Parteidifferenzen von Seiten der Minderheit des Kampfes gegen das Hauptzentrum der Zentrale ein unbearbeitetes Parteidilemma vorlegen würde. Mag die RPD, diese oder jene Fehler begangen haben, mögen sich in diese oder jene opportunistischen Tendenzen gelöst haben, sie ist eine revolutionäre proletarische Partei, ihre Führung ist eine revolutionäre proletarische Führung, die das Vertrauen und die Unterstützung der kommunistischen Arbeiter und der kommunistischen Internationalen in vollem Maße verdient.

III.

Zu den konkreten aktuellen Streitfragen der Politik der deutschen Parteizentrale hat die Exekutive folgendes zu sagen:

a) In der Ruhrfrage. Das deutsche Proletariat befindet sich an der Ruhr zwischen zwei Mächten: zwischen der deutschen und französischen Bourgeoisie. Solange keine revolutionäre Bewegung im unbesetzten Gebiet und in den Arbeitermassen Frankreichs zu beobachten ist, solange keine Anzeichen der massenhaften Zerlegung unter den französischen Besatzungstruppen vorhanden sind, würde der Versuch der Besetzung der Ruhr durch die deutsche Bourgeoisie, angewandt auf die französischen Besatzungsbehörden, ihnen die Kohlen liefern müßte, worauf der französische Imperialismus, mit diesem Schwanz in der Hand, leichter ein Abkommen mit dem deutschen Imperialismus schließen könnte. Die deutsche Bourgeoisie würde dann alle Störungen des entsetzten Nationalismus auf die kommunistische Arbeiterkraft niederfallen lassen. In dieser Situation würde jede Propaganda der Besetzung der Fabriken zu Versuch der praktischen Besetzung führen und mit der Arbeiterfrage der Partei enden. Angesichts dieser Tatsache kann die RPD, erst dann zur Propaganda der Besetzung der Fabriken schreiten, wenn sich die Anzeichen zeigen, daß die Situation in Deutschland und Frankreich sich allgemein revolutionäre zuzieht. Bis zu dieser Zeit besteht ihre Aufgabe in dem scharfen Kampfe gegen jeden Versuch, die deutsche Arbeiterklasse in das Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie hineinzulocken sowie gegen jeden Versuch, sie dem französischen Imperialismus botmäßig zu machen. Die revolutionären Möglichkeiten an der Ruhr im Augenblick sind die, die deutsche Partei sich gleichzeitig darauf vorbereiten, daß in absehbarer Zeit ein Kompromiß zwischen der französischen und deutschen Bourgeoisie auf dem Rücken des deutschen Proletariats geschlossen wird, wobei die weißen Garden der Faschisten als Ausführer dieses Kompromisses sich auf die Arbeiterklasse werfen werden, um sie unter die Fäuste der Kowheuer und Sitones zu hegen. Die Verbindung mit den breitesten Massen der Arbeiterklasse zur Abwehr dieser Gefahr, die Bildung proletarischer Sondereinheiten, ihre Verfassung, das

Die Versammlung

Was läßt sich denn über die Versammlung sagen? Ist es nicht eine ganz selbstverständliche und einfache Sache, eine Versammlung abzuhalten und einzuberufen? Oder kann man doch Versammlungen gut oder schlecht organisieren?

Nun, jeder Genosse, der etwas von der Organisation kennt, weiß, daß von den Vorbereitungen einer Versammlung der Erfolg sehr stark abhängt. Ein praktisches Beispiel mag zeigen, um was es sich handelt.

Die Bezirksleitung teilt also der Ortsgruppe B mit, daß an einem bestimmten Tage der Genosse A über ein bestimmtes Thema dort reden soll. Was nun?

Soll das sofort bekannt gemacht werden? Das kommt auf die Umstände an. Wenn zum Beispiel die Gefahr besteht, daß Gewerkschaftsbeamte auf denselben Tag Gewerkschaftsversammlungen einberufen, wie wir es in mittelgroßen Orten schon erlebt haben, so wird man die Vorbereitungen in aller Eile treffen und erst dann mit der Bekanntmachung kommen, wenn solche Schiebung nicht mehr möglich ist.

In der Regel ist es angebracht, sofort mit den Vorbereitungen zu beginnen. Es genügt nicht, daß der Vorliegende weiß, was er will, der gesamte Vorstand muß unterrichtet werden und darüber klar sein, was alles in besonderen Falle zu tun ist. Daraus sind die Vertrauensmänner mobil zu machen, die sowohl unter den Parteimitgliedern, wie in den Betrieben für die Versammlung wirken. Wichtigster als der bloße mündliche Hinweis und die Einladung zur Versammlung sind kleine Dektchen im Betrieb, auf dem Wege von und zur Arbeit, im Haus mit dem Nachbarn über das Thema, das in der Versammlung behandelt werden soll. Der Vorstand wird den Vertrauensleuten entsprechende Hinweise geben, wie sie ihre Aufgabe am besten erfüllen können; die Vertrauensleute werden wieder die Parteimitglieder für diese Arbeit mobil machen. Je besser die mündliche Vorbereitung ist, umso sparsamer kann bei den Druckarbeiten verfahren werden.

Wie soll die öffentliche Bekanntmachung erfolgen? In manchen, besonders kleinen Orten, muß eine Anzeige in „Arbeiter“ erscheinen. Viel hängt davon ab, wie die Anzeige ausfällt. Sie soll möglichst billig sein, sie muß also möglichst wenig Worte enthalten. Die Anzeige aufzulegen ist nicht ganz leicht. Die Aufschrift darf nicht dem Gefühl oder der Wut des Buchbinders überlassen bleiben. Das Thema muß kurz und prägnant

sein. Letztere aus der Anzeige hervorleuchten, der übrige Text kann klein gesetzt werden. Der so ersparte Raum soll lieber weiß bleiben, umso besser hebt sich die Anzeige von allen anderen ab und wird von den Lesern gesehen.

Wenn oft genug haben wir Anzeigen bemerkt, die sich schamhaft zwischen Auktionen und Viehverkäufen verstecken. Die Aufmachung der Anzeige ist eben so wichtig, wenn nicht wichtiger als die Größe. Wenn im Bezirk viele gleichartige Versammlungen stattfinden (z. B. Steuerkampagne), dann empfiehlt es sich, daß die Bezirksleitung eine Musteranzeige setzen läßt und Abszüge davon an die Ortsgruppen mit verschickt, die als Vorlage für die einzelnen Anzeigen benutzt werden können.

Geschieht das mehrmals, dann werden die Genossen bald überall wissen, worauf es bei einer Anzeige ankommt. Wo ein Fachmann (Seger, Duder) in der Ortsgruppe ist, soll man ihn mit der Fertigung der Anzeige beauftragen.

Wesentlich ist die Formulierung des Themas. Allgemeine Themen (wie zum Beispiel: „Die politische Lage“) locken nicht zum Besuch einer Versammlung. Unsere Aufgabe ist es, ganz bestimmte politische Aufgaben anzupacken und das muß auch in der Wahl des Themas für öffentliche Versammlungen zum Ausdruck kommen.

Hinreichlich wie mit der Anzeige ist es mit dem Handzettel. Er muß nach Form, Farbe und Inhalt keine bloße Ankündigung sein, sondern ein aufreizendes Plakat, und wenn er — meist ein Vortag — auch nur kurz ist. Auch dabei empfiehlt sich die Verwendung von Plakaten, die bei anderen Versammlungen benutzt worden sind. Papier ist teuer. Die Zahl der Handzettel muß genau überlegt, sie darf nicht zufällig und willkürlich gewählt werden. Auch der Zeitpunkt der Verbreitung ist nicht gleichgültig; in der Regel eignet sich am besten der Tag vor der Versammlung. Wiewohl bedarf es der Handzettel gar nicht, wenn die übrige Agitation klar ist.

Das Ankleben kann ebensowenig regellos geschehen. Wo, wann und wie soll man kleben? Die Plakate müssen „ins Auge fallen“, sie müssen schwer zu entfernen sein, besonders da, wo systematisch abgetaktet wird. Firmenschilder und Zäunergeländer überklebt man nicht, weil dadurch zwecklos Geschäftsleute verärgert werden. Auch an frisch getrichene Hauswände klebt man nicht. Je größer das Plakat, umso höher kann es befestigt werden. In manchen Orten entwickeln die Genossen eine ganz raffinierte Technik im Ankleben. Worum hat sie? Vorgebrachte Plakate muß ein Genosse mit guter Handschrift mit Buntstift ausfüllen. Wiederrichte! beachtet niemand,

Nun die Versammlung selbst. Etwa eine Stunde vor Beginn rufen die Vertrauensmänner an. Die Rollen sind bereits verteilt. Die Direktoren sollen das Eintrittsgeld annehmen und kleine Bona dafür ausgeben; jeder Arbeiter sieht es gern, daß auf Heller und Pfennig Ordnung gehalten wird.

Der Broschürenverkäufer baut seine Stütze auf. Das ist ein kleines Kunstwerk. Der Platz muß gut sichtbar und gut beleuchtet sein; er darf nicht im Gebirge an der Tür gewählt werden, wo ein Besucher den anderen wegschiebt, und doch muß jeder Besucher die Broschürenlage deutlich sehen. Die Auslage selbst ist nach Titeln und farbigen Umschlägen sorgfältig geordnet; sie muß das Auge fesseln. Die verschiedenen Schriften müssen neben- und nicht übereinander liegen; die verschiedenen Titel müssen bequem zu lesen sein, und man muß auch eine Schrift in die Hand nehmen können, ohne die Auslage in Unordnung zu bringen. Der Broschürenverkäufer steht nicht stumm am Tisch, sondern er nutzt die kurze Zeit bis zum Beginn des Vortrages. Er spricht mit herantretenden Besuchern über den Inhalt der Schriften, hebt ihren besonderen Wert hervor. Beim Verkauf verwickelt er die kurze Zeit nicht mit dem Suchen nach Wechselgeld, denn auch darauf ist er vorbereitet. Ist der Andrang groß, so stehen ihm andere vorher bestimmte Genossen zur Seite. Wichtig ist der Verkauf aus der Hand. Die Broschüren, die zurzeit politisch am wichtigsten sind, müssen angeboten werden. Bestimmte Genossen gehen vor Beginn des Vortrages und in der kurzen Pause nach dem Vortrag, wie nach Schluß der Versammlung, zwischen die Besucher, und bieten die Broschüren an und wechseln dabei einige Worte mit dem Besucher.

Alle diese und andere Arbeiten überträgt der Vorstand, nimmt selbst daran teil, hat die Augen überall und ordnet meist unauffällig an.

Der Vortrag unterbricht diese Arbeiten. Diskussion. Uebel sind meist die ausgedehnten „Ergebnisreden“. Für die Diskussion unter Parteigenossen sind die Mitgliederversammlungen da. Wer in öffentlichen Versammlungen diskutiert kann und will, tut das nur im Einverständnis mit dem Vorstand. Die Gegner sollen in den öffentlichen Versammlungen zur Wort kommen. Sie sind ruhig anzuhören. Unsere Argumente sind kräftiger als jede lärmende Widerrede, der noch fernstehende meist erzieht. Die Widerlegung ist Sache des Referenten, oder der im Einverständnis mit dem Vorstand auftretenden parteigenössigen Diskussionsleiter. Der Vortag der Versamm-

lung bietet ein Maßer der eisernen Ruhe und Geduld; er selbst spricht nur das Notwendigste.

Ist eine Zellerversammlung beabsichtigt, so bleibt auch die teilweise Begleitung nicht dem Zufall überlassen. Aber einen Antrag auf Sammlung für — beispielsweise — die rote Hilfe begründet, muß einige prägnante Worte über die rote Hilfe sprechen, welche Summe von Geld sie mitbrachte, wie sie der einzige Drost der im letzten stehenden Klassenengen ist — die Beschlüsse aber sind frei! Die Besucher müssen wissen, wenn sie den Saal verlassen, warum sie gehen und daß sie nicht nur anstandshalber ein paar Mark spenden. Solche Gaben sind unerschöpflich!

Nach der Versammlung beginnt wieder der Broschürenverkauf. In den diskutierenden Gruppen, die sich dann in der Regel bilden, setzen die Genossen die Agitationsarbeit fort, suchen an den Vortag und die Diskussion anzuknüpfen, den Gaben fortzuführen, indem sie betriebe Verhältnisse zum Vergleich heranziehen. Werden dabei auch nicht immer gleich Wesenheiten, Mitglieder, Diskussionsgruppen gewonnen, so doch sympathisierende Klassenengen.

Dann ist vielen Genossen nicht neues gesagt. Es sollte auch nur die Aufzählung einer kleinen Anzahl selbst gemachter Erfahrungen sein, die tätige Genossen leicht erweitern können. „Abend aus Herz! In wie vielen Ortsgruppen ist die Veranstaltung einer Versammlung schon eine planmäßige Arbeit, an der recht viele Genossen teilnehmen? Wur zu oft wird für den schlechten Besuch einer Versammlung alles mögliche veranlaßt gemacht, nur fehlt die Frage nach den Mängeln der Vorbereitung. Für Feststellungen sollen wir uns keine bequeme Ausflucht erwehren machen, sondern den Grund immer erst bei uns selbst suchen.

Eine gute Versammlung ist wie ein wohlüberlegter politischer Feldzug, der nur zum kleinen Teil aus dem Vortrag besteht. Ohne Plan, der nicht geschrieben zu sein braucht, den wir aber im Kopf haben müssen, geht es dabei nicht.

Die Versammlung war nur ein Beispiel. Jede Parteiarbeit, auch die kleinste, muß ihr System haben, das wir immer mehr verbessern. Die Arbeit wird leichter und hoch-erfolgreicher sein, wenn sie auf viele Schultern verteilt ist.

Die Arbeiter sind die unentbehrlichen Träger der industriellen Organisation und Objekt ihrer raffinierten Technik. Sollen wir nicht begreifen, die mit Verstand angewandte und vollzogene Organisationsarbeit auch in den Werk der Klassenkampfes zu haben?

und Aufgaben, die mit Leidenschaft und Energie von der Partei demnächst gelöst werden müssen.

b) In der sächsischen Frage hat es die KPD verstanden, durch richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik die sozialdemokratischen Arbeiterparteien von der Schädlichkeit der Koalition mit der Bourgeoisie zu überzeugen. Dieser Verlauf hat es nicht im vornherein den Kampf um die sächsische Arbeiterregierung in den Rahmen des Kampfes um die Reichsarbeiterregierung zu führen. Sie war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse in Sachsen sowohl in Bewegung zu bringen, als auch ihren revolutionären Kampf eine revolutionäre Koalitionsregierung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter entstehen konnte. Die Unterstützung der sozialdemokratischen Regierung auf Grund konkreter Bedingungen, die einen Schritt vorwärts bedeuten, war damit das einzige Mittel, das 1. und die Verbindung mit den sich in garantierte und 2. gleichzeitig auch nicht die volle Verantwortung für die sozialdemokratische Regierung auferlegte. Die Lage der sächsischen sozialdemokratischen Regierung ist eine außerordentlich gefährliche. Bekämpfung von dem rechten Flügel der Sozialdemokratie, der den Parteiapparat in Händen hat, bedroht von den Reichsbehörden, kann sie sich in ihrer jetzigen Politik nicht völlig auf die revolutionären Arbeiter stützen, denen sie zu wenig bietet. Deshalb wird sie entweder nach rechts schwenken, was unsere Partei zwingen wird, mit ihr zu brechen und die Frage der Bildung einer revolutionären Arbeiterregierung von neuem vor den Massen zu stellen, oder sie wird genötigt sein, die Massen in den Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, was wiederum die KPD vor große Aufgaben stellt. Damit gelangt auch die KPD in eine Gefahrenzone. Die Gefahr besteht darin, daß die Partei durch das Bestreben, die Kämpfe hinauszuziehen, sich mit der Verantwortung für die Politik der Sozialdemokratie belastet, falls diese die Interessen der Arbeiterklasse im Stich läßt. Die Gefahr besteht auch darin, daß sie nicht in der Lage ist, im ganzen Reiche genügend Massen zu mobilisieren für die Unterstützung des Kampfes des sächsischen Proletariats gegen die Reichsregierung, falls die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre Partei zwingen, zusammen mit der Kommunisten wirkliche Arbeiterpolitik zu treiben. Ohne die Wichtigkeit der Landesregierungen zu unterschätzen, ohne die Möglichkeit aus dem Auge zu lassen, daß angesichts des Wütens des Faschismus die Landesregierungen in den Zentren, wo das Proletariat schon jetzt auf demokratischem Wege die Mehrheit in den Parlamenten vertreten hat (Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Hamburg), zu Willensbrechern der konterrevolutionären Gefahr und zum Ausgangspunkt neuer Kämpfe werden zu können, richtet die Exekutive die Aufmerksamkeit der KPD darauf, daß die Frage der Arbeiterregierung im Rahmen einzelner Länder nicht befriedigend gelöst, daß ungeachtet der Gefahr droht, daß die Lösung der Arbeiterregierung einzelner Länder kompromittiert werden kann. Deshalb ist es eine Lebensaufgabe der Partei, schon jetzt die Drohung mit der Reichsregierung gegen die sozialdemokratische sächsische Regierung und die Gefahr des Faschismus im ganzen Reiche anzunehmen zu einer breiten erregenden Kampagne für die Reichsarbeiterregierung. Nur indem die breitensten Arbeiterinteressen im ganzen Reiche sich zusammenschließen zum Kampf gegen die bürgerliche Arbeiterregierung, für die Bildung der Arbeiterregierung, werden sie auch den Willen finden, die Anschläge der Konterrevolution gegen die Kampfpositionen der Arbeiterschaft abzuwehren, die bereits in einzelnen Ländern bezogen werden könnten.

c) Die Partei wird diese Aufgabe nur erfüllen können, wenn sie über die Arbeiterklasse hinaus Stützpunkte in der Bauernschaft und in den proletarischen Kleinbürgertümern findet. Die nachdrückliche Zuerstung aller industriellen Produkte, die auf den Bauernmassen außerordentlich schwer lastet, müßte es der Partei ermöglichen, die Bauern und mittleren Bauernschichten für den Kampf gegen das bürgerliche Regime zu gewinnen. Zu diesem Zweck muß sich die KPD von den Hehlerreihen der Ideologie der Sozialdemokratie befreien, die, aufsticht gegen die Bourgeoisie, für die Entfaltung der Sachwerte zu kämpfen, den Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern vergrößert und so die Bauern auf die Seite der Stinnes und Co. drängt.

d) Die Entwidlung Deutschlands nach dem Kräfte hat die Bedingungen geschaffen für die Eroberung breiter Kreise der geistigen Arbeiter, der technischen Angestellten, sowie auch direkt für die Ideen des Kommunismus, so jedenfalls für einen gemeinsamen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus. Die dauernde Verhinderung der Lage dieser Schichten, ihr Herunterfallen unter das Niveau der Lebenslage des Proletariats, erfolgt nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Hofft darum in diesen Schichten heute, wenn auch andere antikapitalistische Stimmungen und Stimmungen, so ist es notwendig, diese Schichten die Ursache ihres Niederganges nur in dem Sieg des Kapitalismus und darum an der Seite ihrer Opposition in klaren revolutionären Fronten.

Die deutsche Bourgeoisie, geschlagen im Kräfte, ist genötigt einen Kampf gegen das steigende Selbstbewußtsein zu führen, ist genötigt, immer wieder an den Fesseln des Versailles Friedens zu rütteln und zu knirschen. Selbst auf die Erhaltung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse bedacht, zu diesem Zwecke selbst konterrevolutionäre Politik treibend, bietet sie durch ihre Lage dem internationalen Kapital die Zornauslassungen zu seiner Wiederherstellung zu gewähren, ist die deutsche Bourgeoisie angeführt der Ausbeutung ihrer Kompromißbestrebungen genötigt, die geschädigte revolutionäre Politik zu treiben, aber unschlüssig, sich im Kampf gegen die Exekutive auf die Bolschewisten

zu stützen, umgekehrt. Sie ist von der Beschädigung durch verurteilt, diese Volksmassen abzustößeln. Die deutsche Bourgeoisie kann nicht mehr der Kampfrufen des nationalen Befreiungskampfes in Deutschland sein, sie ist weder fähig gegen die Exekutive wirklich und siegreich zu kämpfen, noch ist sie dazu im Ernst bereit. Deshalb müssen auf die von ihr entzweiteten nationalen und nationalistischen Stimmungen sich letzten Endes gegen sie wenden. Aufgabe der kommunistischen Partei Deutschlands ist es, den breiten Kleinbürgerlichen und intellektuellen, nationalistischen Massen die Augen darüber zu öffnen, daß nur die Arbeiterklasse, nachdem sie zugelegt hat, imstande sein wird, den deutschen Boden, die Schätze der deutschen Kultur und die Zukunft der deutschen Nation zu verteidigen. Nur die deutsche Arbeiterklasse, an die Macht gelangt, wird imstande sein, die Sympathien der Volksmassen in anderen Ländern zu erobern, die den imperialistischen Mächten erschweren werden, ihre Vernichtungspolitik gegen die deutsche Nation zu Ende zu führen.

Nur die deutsche Arbeiterklasse wird imstande sein, falls sie vorübergehend genötigt sein sollte, der einstweilen noch bestehenden siegreichen Exekutive Tribut zu zahlen, Kräfte zu finden zum Wiederaufbau Deutschlands. Nur die Arbeiterklasse kann durch ihren Sieg einen Zusammenbruch mit dem immer mehr erstarkenden Sowjetrusland herbeiführen und so den Boden schaffen für einen neuen Aufstieg des deutschen Volkes.

Die Beschlüsse der Beständigungskonferenz gehen bei sorgfältiger Berücksichtigung der oben niedergelegten Direktiven der Exekutive den Boden für ein geeinigtes, einheitliches Zusammenwirken aller Kräfte der Partei. Aus diesem Grunde besteht die Exekutive darauf, daß keine Organe gebildet und keine Maßregeln getroffen werden, die die noch nicht völlig aus der Welt geschaffenen Differenzen nur vergrößern würden.

Die Exekutive empfiehlt deshalb der Berliner Organisation, von der Forderung an Bewilligung eines besonderen Diskussionsorgans abzusehen, und sie empfiehlt der Zentrale, eine Diskussionsbeilage zur "Roten Fahne" zu schaffen, in der zweimal monatlich für die ganze Partei neue auftauchende Fragen kritisch beleuchtet werden. Die Exekutive nimmt als selbstverständlich an, daß die Zentrale in dieser Beilage abweichender Meinungen vollen Raum gewähren wird, wobei natürlich die Zentrale bestimmen muß, ob eine Frage in dem gegebenen Moment diskutiert werden kann. Es ist selbstverständlich, daß wenn in einer Aktion die Zentrale nach Anhören aller Auffassungen die taktische Linie festgelegt hat, diese taktische Linie während der Aktion keiner Kritik unterzogen werden darf.

Den Vorschlag der Opposition auf Vorbereitung eines Konzentrationsparteitages, der die bestehenden Parteidifferenzen aus der Welt schaffen könnte, sieht sich die Exekutive genötigt abzulehnen. Die bestehenden Differenzen können nur durch die einheitliche Praxis der Partei überwunden werden. Die Einberufung eines Parteitages zu ihrer Schlichtung würde nur einen Kampf der Richtungen in allen Organisationen entfesseln, der die Schlagkraft der Partei in den kommenden, bedeutungsvollen Monaten lähmen würde. Sollten die politischen Ereignisse von der Partei in absehbarer Zeit neue wichtige Entscheidungen erfordern, für die es notwendig wäre, einen Parteitag einzuberufen, so wird es Aufgabe der Partei sein, diesen Antrag an die Exekutive zu stellen. Die Exekutive fordert die Vertreter der Berliner und Hamburger Organisationen auf, auf die Arbeit in anderen Bezirken zu verzichten. Eine einheitliche Politik der Partei ist unmöglich, wenn gleichzeitig zwei politische Zentren der Partei bestehen. Die in der Partei bestehenden Differenzen waren Klagegelegt in den verschiedenen Resolutionen des vorigen Parteitages, sie werden diskutiert in dem Zentralausschuß der Partei. Die Partei kennt die Differenzen und die lokalen Organisationen der Partei sind imstande, sich über die Streitfragen zu orientieren.

Indem die Exekutive alle Schritte zur Bereinigung der noch bestehenden Differenzen ablehnt, ersucht sie die Zentrale, zur Bewältigung der Arbeit der Einigungskonferenz, zur intimeren Verbindung mit den wichtigsten proletarischen Zentren, wie Berlin, Hamburg und Essen die 4 Vertreter aus den genannten Organisationen zu verstärken, die von den betreffenden Organisationen dem Zentralausschuß vorgeschlagen werden. Die drei Vertreter der Opposition, die auf dem vorigen Parteitag in die Zentrale gewählt worden sind, haben durch ihre Arbeit bewiesen, daß sie sich nicht als Vertreter einer Sondergruppe, sondern als Vertreter der Gesamtpartei fühlen und zum Wohle der Gesamtpartei wirken. Die Verstärkung der Verbindung mit den oppositionellen Bezirken wird die Schlagkraft der Gesamtpartei erhöhen und helfen, das Werk der Beständigungskonferenz zu führen. Die KPD zu einer einheitlichen, geschlossenen, revolutionären kommunistischen Partei auszugestalten.

V.
Die Exekutive appelliert an die Massen der Mitgliedschaft der KPD, darüber zu wachen, daß die Partei ihre eigene Aktionskraft in den nächsten Monaten verliert. Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Führer der Sozialdemokratie haben die deutsche Arbeiterklasse in eine Lage gebracht, die die Partei vor große Kampfaufgaben stellt. Was heißt das, ist eine solche innere Zersplitterung und Schlagkraft der Partei, die es erlauben, daß die hochste Sympathie breiter proletarischer Massen sich in helles Beträumen zur KPD verwanbelt. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Arbeiter, es ist die Aufgabe der KPD, dieses Beträumen zu fördern durch einheitliche Aktionen, die durch Kampfschritte nur gefördert und durchgeführt werden können.

Das Sekretariat der KPD:
Für die Zentrale der KPD:
Herrn Dr. Müller, Paul Reichert.
Für die Opposition:
Robert Biesler, Rudy Fischer, Gust Thälmann, Gerhard.

Die Exekutive und die gesamte deutsche Delegation waren einmütig von dem Wunsch befeuert, angefangen der 1. Mai nicht mehr zusammenzu-

lage in Deutschland und der Verschärfung der internationalen Kapitaloffensive unter allen Umständen die Einheit und Geschlossenheit der deutschen kommunistischen Partei zu sichern. Die Exekutive hat rücksichtslos und ohne jede Diplomatie ihre Meinung zu den schwebenden Differenzen geäußert. Sie hat die Zentrale kritisiert wegen konkreter Formulierungen in Artikeln und Reden führender deutscher Kommunisten, nicht weil sie darin eine Verharmlosung der KPD sieht, sondern weil diese Formulierungen die linksgerichteten Arbeiteremite mißtrauisch um die rechtsgerichteten zu tatsächlich opportunistischen Abweichungen zu bringen geeignet seien. Die Exekutive hat die politische Haltung der Zentrale in allen wichtigen Fragen — der Arbeiterregierung, der Taktik der Einheitsfront, sowie in der Aufrage und ferner in den konkreten Fragen der sächsischen Regierungsbildung gebilligt. Die Entscheidung, daß die Behauptungen der Oppositionen zurück, daß die KPD eine opportunistische Partei mit revolutionären Tendenzen sei. Sie stellt ausdrücklich fest, daß die KPD eine revolutionäre Partei mit linken und rechten Abweichungen darstellt. Nach der Feststellung der politischen Fehler der Parteipositionen und nachdem die Oppositionsvertreter erklärt haben, daß sie sich rücksichtslos auf den Boden der Beschlüsse der Exekutive stellen, erklärten sich die Vertreter der Zentrale bereit, zur Beseitigung eventuell übrigbleibender Mißstimmungen in den oppositionellen Bezirken, je einen oppositionellen Vertreter in die Zentrale zu nehmen, um mit der Parteinmehrheit gemeinsam auf der politischen Plattform dieser Resolution die Partei innerlich so zu festigen, daß sie den schweren bevorstehenden Angriffen mit größter Kampfkraft widerstehen kann.

Die Zentrale nahm den Bericht ihrer Delegation in ihrer Sitzung am Freitag, den 11. Mai entgegen und stimmte einmütig der vorgeschlagenen Resolution zu. Am Mittwoch und Donnerstag, den 17. und 18. Mai, wird der erweiterte Zentralausschuß der Partei zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Wir sind überzeugt, daß auch der Zentralausschuß den Beschlüssen der Exekutive einmütig zustimmen wird.

Die Beseitigung der tatsächlichen Differenzen wird die Kampfkraft der Partei verbelfachen. Indes die KPD immer mehr sich zerteilt und der Großen Koalition zuteilt, wächst die innere Geschlossenheit der KPD, reißt die Partei heran zum ausschlaggebenden politischen Machtfaktor in Deutschland.

Die französischen Soldaten im Ruhrgebiet

Herrliche Zeiten!

Von Copain
Die französischen Soldaten stehen seit vier Monaten im Ruhrgebiet. Hunderttausend Mann wurden auf Befehl des französischen Hüttenkomitees im Namen der demokratischen Republik und des 100prozentigen Profits in die Bahn geladen und nach Rheinland-Westfalen geschickt. Boinacre hat versprochen, daß weitere 80 000 Mann in der nächsten Zeit nachfolgen sollen.

Die französischen Soldaten wurden, wie gesagt, aus ihrer Heimat abkommandiert und über den Rhein befördert, um die „gerechten Interessen“ der französischen Bourgeoisie zu wahren. Dieser Aufgabe entledigen sie sich in verschiedenster Form. Man unterscheidet in der französischen Armee, ähnlich wie im glorreichen Heere Wilhelm II., zwei Arten von Verteidigern des Vaterlandes. Der eine Teil, ein paar Zehntausend Mann, wohnt in angenehmen Privatquartieren, hat die unbeschränkte Möglichkeit zum Ausgehen zu Spazierfahrten und zu mehr oder minder kurzen Urlaubstreifen nach Paris. Um diesen Teil deutlich vom Rest zu unterscheiden, erhält er eine ausgezeichnete Bekleidung, die sich Offiziere nennt. Auch empfängt er, um das Ansehen der Republik und des Hüttenkomitees nach außen wichtig zu vertreten, eine Wohnung, die je nach dem Grade des Offiziers bemessen wird, aber niemals weniger als 3 Millionen Papiermark im Monat beträgt.

Die ungeheure Mehrzahl der Soldaten sind gemeine Soldaten. Als der General Degoutte sie unter hinhängendem Spei ins Ruhrgebiet führte, beschloß er ihnen herrliche Zeiten zu verschaffen. Ihnen ein friedliches Leben, gutes Essen und erträgliche Bedingungen zur Zivilbevölkerung. Als der Bauer aus Süd-Frankreich und der Arbeiter aus dem Norden den Stahlhelm ansetzten und in den Stanzportung stiegen, glaubten sie den Erzhilfen ihrer Offiziere. Nach einem kurzen interessanten Aufenthalt im Ruhrgebiet hofften sie, bald in die Heimat zurückzukehren zu können. Befanlich wurde auch den deutschen Feldgrauen im August 1914 mitgeteilt, der Scherz wäre höchstens 6 Wochen dauern und würde herrliche Zeiten herbeiführen. Der deutsche Soldat wurde entlassen und antwortete nach 4 Jahren mit der Revolution. Er rief seinen Offizieren die Abschlünde herunter, planzte die rote Fahne auf und schlug das deutsche Kaiserreich in Stücke.

Der französische Soldat von 1923, Arbeiter oder Bauer, wie der deutsche Soldat von 1914, grübelt inzwischen über die „herrlichen Zeiten“ nach. Dieser Kopf hat Herrlichkeit auf sich wartet. Die Lage des französischen Soldaten im Ruhrgebiet unterscheidet sich gewissermaßen von den Lebensbedingungen des französischen Offiziers im Ruhrgebiet.

Der französische Soldat von 1923, Arbeiter oder Bauer, wie der deutsche Soldat von 1914, grübelt inzwischen über die „herrlichen Zeiten“ nach. Dieser Kopf hat Herrlichkeit auf sich wartet. Die Lage des französischen Soldaten im Ruhrgebiet unterscheidet sich gewissermaßen von den Lebensbedingungen des französischen Offiziers im Ruhrgebiet.

Zwischen 5 und 6 Uhr erhalten sie die Abendsuppe. Bis 1/2 9 Uhr werden sie dann mit häuslichen Angelegenheiten beschäftigt: Wäsche reinigen, Garniturputzen, Instruktionsstunden. Um 8 1/2 Uhr abends findet in allen Kasernen des Ruhrgebietes der Zäpfenstreich statt. Nach dieser Zeit darf niemand die Kaserne verlassen.

Mit besonderer Sorgfalt haben die Vorgesetzten darauf geachtet, daß die Soldaten sich in ihrer Freizeit nicht etwa in der Umgebung betreten oder auf Abwege geraten. Daher hat jede Truppenteil seine „Kontrollierungszone“ eine exakt bestimmte Demarkationslinie, über die er niemals hinausgehen darf. Verstöße werden bestraft. Im Wiederholungsfalle kommt er vor das Kriegsgericht.

Großen Wert legen die Vorgesetzten darauf, daß die Soldaten vor jeder Berührung mit der Zivilbevölkerung geschützt werden. Dafür streifen verschiedene Gründe. Es gibt unter den hunderttausend Mann Befehlstruppen eine große Anzahl revolutionärer Elemente. Ihr Einfluß wächst in allen Truppenteilen. Kommen diese schlechten Franzosen mit der Ruhrbevölkerung in Verbindung, so könnten sie die vaterländische Moral der Armee ungünstig beeinflussen. Auch wird das Ruhrgebiet in erster Linie von Proletariern bewohnt. Diese Arbeiterklasse, die sich für keinen Groschen um die nationalistische Hebe der deutschen Kapitalisten kümmert, könnte sich mit den französischen Soldaten verbrütern. Die Soldaten könnten auf den Gedanken kommen, daß der deutsche Kumpel ihnen näher steht als der französische Offizier. Sie könnten sehen, daß die Arbeiter in Deutschland genau so ausgebeutete, international führende Proleten sind wie in Frankreich. Um diesen Einblick zu verhindern, verlangt ein gleichlautender Tagesbefehl für alle Truppenteile wörtlich: „Verziehungen mit der Zivilbevölkerung sind unter allen Umständen zu vermeiden.“

Wie wir erfahren, ist die Ernährung fast ausnahmslos weniger herrlich als vielmehr äußerst schlecht. Es gibt im wesentlichen zum Mittag Erbsen, Eintopf, Bohnen und Reis, in wechselnder Reihenfolge. Dazu gibt es Wurstfleisch, das in vielen Fällen verfault ist und ausbleiben stinkt. Vielfach beschwerten sich die Soldaten über dieses Essen. Sie geben zum Küchenchef, der sie an den wachhabenden Unterküchen weiß. Dieser schickt sie zum Kompanieoffizier. Der erklärt dann, ihrer Beschwerde könne leider wegen unzureichender Beschaffung nicht abgeholfen werden. Im Wiederholungsfalle werden Beschwerdeführer wegen „Querulanten“ mit 3 Tagen Kerker bestraft. In verschiedenen Orten ist es vorgekommen, daß die Soldaten, das ganze Mannschaftsküchen zum Protest das Essen auf den Boden gegossen haben. Allerdings könnten die Soldaten das ungenügende Essen durch Einkäufe ergänzen. Sie erhalten ja Wohnung, die Lösung eines französischen Soldaten im Ruhrgebiet beträgt 75 Centimes täglich. Das sind nach deutscher Währung 1500 Mark, also rund zwei Liter Bier am Tag.

Ein großer Teil der Soldaten gehört dem Jahrgang 1921 an. Diese Mannschaften hätten bereits am 31. März entlassen werden müssen. Sie haben kein Verständnis für die herrlichen Zeiten im Ruhrgebiet und fordern seit einem Monat vergeblich ihre Heimendung. Der General Degoutte hält es aber für besser, sie vorläufig bis zum 1. Juni weiter unter den Fahnen des Hüttenkomitees zu behalten.

Zur Verteidigung der französischen Republik gehört es, daß die Soldaten im Ruhrgebiet Posten sehen. Nicht nur am Tage, sondern auch in der Nacht. Mit aufgeschlagenem Bajonett stehen sie stundenlang auf den besetzten Häusern, Zechen, Fabriken, Bahndämmen, Brücken und vor den Bahnhöfen, Stabsquartieren und öffentlichen Gebäuden. Die deutschen Faschisten verüben häufige Spertungen und Bombenattentate. Das Postenstehen bei Nacht ist dabei eine ehrenvolle, aber gefährliche Arbeit. Die Soldaten reifen sich nicht darum. Sie werden von den wachhabenden Offizieren aufs schärfste kontrolliert. Einschlafen zieht Gefängnis, unerlaubtes Entfernen vom Posten zieht Kriegsgericht nach sich.

Unzufriedene Elemente, die sich über die Ernährung beschwerten oder häufiger um Urlaub bitten, werden besonders gern zum Postenstehen ausbehalten. Die Wachverteilung wird in der Hand wohlwollender Offiziere zum wichtigsten Mittel der Disziplin. Unliebame Schreier dürfen drei oder vier Nächte hintereinander auf Posten stehen.

Die Disziplin wird entschlossen gehandhabt. Der Soldat hat vor dem Offizier Ehrenbezeugungen zu erweisen und strikte zu stehen. Vergehungen gegen die Disziplin werden exemplarisch bestraft. Es regnet Disziplinarstrafen, Gefängnis, Postverbot, Strafbossen, Strafdienst.

Die Lage der französischen Soldaten im Ruhrgebiet entspricht also der Lage der Arbeiter in einer imperialistischen Klassenarmee. Die Stinnesden des Hüttenkomitees genügen nicht, um sich über die Aöde und Entbehrungen dieser Existenz hinwegzusetzen. Die Telegramme Boinacres und die Ansprachen des Generals Degoutte reichen nicht aus, um freudige Befehlsbefolgung hervorzurufen. Die französischen Soldaten sind unzufrieden, ihre Kollage wächst. Mit dem wachsenden Gegensatz zwischen der Lebensweise der Offiziere und der Soldaten, mit den täglichen Reibungen und Disziplinartaten brechen die Klassenbeziehungen in der Armee allmählich durch. Damit gewinnt die Bebrüderung des deutschen Arbeiters mit den französischen Soldaten eine breite Grundlage.

In den Massendemonstrationen am 1. Mai trugen die Ruhrarbeiter in allen Städten Transparente in französischer Sprache. Die Soldaten wurden streng in den Kasernen zurückgehalten. Trotzdem kam es zu Begegnungen zwischen den Kasernenbesuchern und von den Bahndämmen wühlten die Soldaten den roten Fahnen und Sowjetsternen zu. Am 1. Mai erfuhr das internationale Klassenbewußtsein seine ersten Zeitsiege über den bürgerlichen Militarismus. Wir müssen sie mit aller Konsequenz verfolgen und ausdehnen.

Die Ausbeutung der Frauen und Kinder in China

In der „Labour Woman“ (Die Arbeiterfrau), der Zeitschrift der englischen Labour-Party, berichtet J. Symonds:

Während eines kurzen Aufenthalts in Shanghai im letzten Winter wurde ich bestimmte Fabriken, welche typisch sind für die Bedingungen, die in den industrialisierten Gegenden Chinas bestehen. Eine Seidenspinnerei, die in einem ausländischen Konzessionsbezirk liegt, wurde mir als eine der modernsten Anlagen dieser Art bezeichnet. Aber Sanitätsvorrichtungen waren offensichtlich gänzlich vernachlässigt; kumpflige, stinkende Atmosphäre erstreckte einen fast beim Betreten des Betriebes. Tropfen ist die Mehlgeschicht von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends alle sieben Tage der Woche hindurch beschäftigt. Junge Frauen bedienen die Spinnmaschinen, ihnen gegenüber stehen kleine Mädchen von 6 bis 7 Jahren aufwärts, über Becken mit dampfendem Wasser gebeugt, in dem sie die Sconcons umrühren und den Frauen an den Maschinen zureichen.

In einer großen Baumwollspinnerei arbeiteten die Frauen und Kinder in zwölfstündigen Tag- oder Nachtschichten alle 7 Tage bezw. Nächte der Woche. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß von den industriellen Arbeitkräften in China 20 Prozent Kinder unter 14 Jahren sind, so geht einem etwas von der Größe des Problems auf, das vor der chinesischen Arbeiterschaft steht.

Die Verfasserin kommt zu dem Schluss, daß die Frage nicht gelöst werden kann, bevor die chinesischen Arbeiterinnen zur Selbsthilfe greifen. Sie weiß aber gleichzeitig darauf hin, daß für diese Zustände in China auch die Arbeiterschaft jener europäischen Länder mitverantwortlich ist, unter deren „Schutzherrschaft“ diese Fabriken in China errichtet und betrieben werden.

Zusatz ist, daß nur durch die brutalste Ausbeutung der Kolonial- und Halbkolonialvölker der Kapitalismus seine Herrschaft noch behaupten kann. Es ist eine Lebensnotwendigkeit für das Weltproletariat, den Imperialismus auf unerbittlichste zu bekämpfen, den Befreiungskampf der Arbeiterschaft der gelben, schwarzen und roten Rasse zu unterstützen, und die internationale Einheitsfront aller Unterdrückten und Ausgebeuteten zu verbreitern.

Arbeiter-Sportbewegung

Schwerathletik

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau

Die letzte Bezirksversammlung wählte zum 1. Vorsitzenden den Sportkollegen Christoph, Brunnenstr. 19 (Hercules) und zum Vizepräsidenten Sportkollegen Wientny (Germania 97). Aus der sportlichen Bewegung ist zu berichten, daß mehrere Mitglieder der Bezirksvereine einer Einladung des Obersiber Kraftsportvereins folgten und sich an den dort ausgetragenen Wettkämpfen im Gewichtheben und Ringen beteiligten. Bei einer Zahl von 350 Teilnehmern konnten die Breslauer folgende Plätze belegen: Gewichtheben: Leichtgewicht 2. Preis G. Bugdalla (Schloß); Leichtgewicht

Mittel 3. Preis A. Bachtel (Hercules); Märgen: Jugendklasse B. 2. Preis R. Nachtgall, 3. Preis F. Rind (beide Hero); Bantamgewicht 3. Preis F. Jany (Germania 97); 7. Preis G. Hoffmann (Schloß); Leichtgewicht 5. Preis Mordeci (Schloß); Leicht. Mittel 6. Preis R. Bachtel (Hercules). Im Gewichtheben wurden sehr gute Leistungen erzielt; konnten doch die 1. Sieger im Leichtgewicht einarmig 140 Pfd., beidarmig 225 Pfd. korrekthoben; das Schwergewicht erzielte 150 Pfd. einarmig und 220 Pfd. beidarmig. Die ganze Veranstaltung zeigte aufs neue eine stetig sich hebende Höhe des Arbeitersports im ganzen Land. T-y.

Mus Breslau

Mißstände bei der Erwerbslosenfürsorge

Von einem Erwerbslosen erhalten wir nachstehende Zusage:

Bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in der Sternschanze (früheres Arbeiterhaus), treten schon seit langem eine Reihe Mißstände in die Erscheinung, ohne daß man sich von irgend einer Seite bemüht, dieselben abzustellen. Zunächst die Abfertigung. Diese geht so unregelmäßig und langwierig vor sich, daß ein Warten von 2 bis 3 Stunden, oft auch noch länger, die Regel bildet. Das hat seinen Grund darin, daß offensichtlich zu wenig Schreibkräfte vorhanden sind, was umso mehr zu beklagen ist, als sich unter den Erwerbslosen genügend fähigere Leute befinden, von denen der Magistrat ruhig noch eine Anzahl einstellen könnte und womit dann eine raschere Abfertigung eintreten würde.

Die Räume, in denen die Erwerbslosen auf die Auszahlung warten müssen, sind ganz unzureichend. Sitzgelegenheit ist nur wenig vorhanden. Alte Männer, Frauen und Mädchen sind genötigt, auf den Stoppeln herumzuheben. Von frischer Luft ist in den Warterräumen überhaupt keine Rede, da in einzelnen derselben gar keine Fenster vorhanden sind. Durch das Rauchen wird die Luft noch weiterhin verschlechtert und es wäre allerdings auch den Erwerbslosen zu empfehlen, das Rauchen in den Warterräumen am besten ganz einzustellen. Vom Magistrat müßte unter allen Umständen gefordert werden, daß die Abfertigung der vielen Erwerbslosen eine Vereinfachung erfährt, vielleicht in der Weise, daß ein Nummernsystem eingeführt wird. Dadurch wäre wenigstens die Gewähr gegeben, daß nicht jemand, der beispielsweise um 1/9 Uhr zur Auszahlung sich einfindet, erst um 1/12 Uhr abgefertigt wird, während ein anderer, der vielleicht erst um 1/10 Uhr kam, schon um 11 Uhr sein Geld erhält. Gerade aus diesem Grunde gibt es zwischen den Erwerbslosen und den in der Sternschanze bediensteten Magistratsangestellten fortwährend Reibereien, die sich durch die gemachten Vorschläge ganz gut beseitigen ließen. Schließlich ist es doch Pflicht des Magistrats, diesen Mißständen endlich einmal entgegen zu treten und nicht zu warten, bis ein kleiner Kravall die Ursache zu ihrer endgültigen Beseitigung bildet.

Die Müttertag des Muttertages

Während die „Volkswacht“ die Mitteilungen über den Muttertag kommentarlos abdruckt, weist ein anderes sozialdemokratisches Blatt, das „Volkblatt“ in Hindenburg, mit Recht die Frage auf, woher mit einemmal der „ideale Aufschwung“ kommen sollte, in einer Zeit, in der es möglich war, daß die Mütter der ermordeten Rathenau hunderte von nichtwürdigen Schmähschriften erhielt. Das „Volkblatt“ schreibt u. a.:

„Die Antwort auf diese Frage hat sich gefunden und besteht darin, daß zunächst nur eine Vermutung war, die man als allzu argwöhnlich gern befehligen wollte. Die Nr. 89 des 18. Jahrganges der Verbandszeitung Deutscher Blumen-Geschäftsinhaber vom 25. September 1922 enthält den Bericht über die Hauptausstellung des Verbandes Deutscher Blumen-Geschäftsinhaber. Als Punkt 21 steht da der Antrag des Hauptvorstandes:

„Der Verbandsausschuß möge ein Preis-ausschreiben folgenden Inhalts beschließen: Es soll ein Preisauschreiben erlassen werden zur Sammlung von Vorschlägen, die geeignet sind, den Blumen-Geschäftsinhabern neue Verdienstmöglichkeiten zu gewähren. Es kommt nur eine neuartige Idee in Frage.“

Dann wurde berichtet, daß der Hauptvorstand die Absicht habe, nach amerikanischem Muster einen sogenannten Muttertag einzuführen. Da dieser Brauch in Amerika eine so weite Verbreitung gefunden habe, sei zu hoffen, daß seine Einführung auch in Deutschland möglich sein würde, wodurch den Blumen-Geschäften ungeachtete Verdienstmöglichkeiten erschlossen werden. Der Vorsitzende bezeichnete als den geeigneten Tag einen Sonntag im Mai. Ein Abgeordneter beantragte, einen Sonntag im Juni — in der Rosenzeit — zu wählen, und nun heißt es in dem Bericht wörtlich weiter:

„Der Vorschlag fand keinen Beifall, da mit Recht eingewendet wurde, daß sich dann die Leute selbst die Blumen in Wald und Feld pflücken würden, und das Geschäft dann auf der Straße läge und die Blumen-Geschäftsinhaber wenig Nutzen hätten.“

Einmütig wurde dann der zweite Sonntag im Mai als am besten geeignet für den Deutschen Muttertag bezeichnet.

So deckt dieser Bericht die Quelle auf, aus der der „ethische“ Gedanke eines solchen Muttertages entsprang.“

Aus der Provinz

Schnier und Beder berichten!

Aus Waldenburg gingen uns zwei Berichtigungen zu:

Der Arbeitersekretär Schnier berichtet: „In der Nr. 103 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Mai 1923 befindet sich unter der Rubrik „Aus der Provinz“ ein Bericht mit der Überschrift: „Maifeier in Waldenburg und die SPD-Führer“. In dem Bericht heißt es: „Mit es nicht so, Herr Arbeitersekretär Schnier und Beder?“ Mein Name schreibt sich nicht Schnier, sondern Schnier. Ich bitte in Zukunft meinen Namen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ richtig zu schreiben, da ich es als große Ehre erachte, recht oft darin genannt zu werden.“

Wir sind gefällige Leserinnen und Lesern dem dichseligen Arbeitersekretär Schnier mit „G“ recht oft seinen Wunsch erfüllen. Ob er immer daran seine Freude haben wird, das mögen wir allerdings zu bezweifeln.

Nach Hermann Beder berichtet: Er ist, im Gegenfall zu seinem Kollegen, von unterem Bericht weniger entsetzt und schreibt uns:

„Unter Bezugnahme auf § 11 des Verfassungsgesetzes überreiche ich anliegende Berichtigung und ersuche, dieselbe in der nächsten Nummer zum Abdruck zu bringen.“

In der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 103 vom 8. Mai 1923 war unter der Rubrik „Aus der Provinz“ ein Bericht mit der Überschrift: „Stud das noch Arbeiterführer“. Der Bericht stellt die Behauptung auf, ich habe in einer Bergarbeiter-Verammlung in Schwabauer erklärt, die Forderung der Arbeitslosen im Ruhrgebiet wäre vertriehen. Eine derartige Behauptung ist von mir nicht gefallen. Die Kommunisten sind von mir weder im Referat noch im Schlusswort als Partei angegriffen worden. Alle übrigen Ausführungen im Artikel sind sinntreue und entsprechen nicht der Wahrheit. Desgleichen ist unrichtig, daß die Kameraden Bauwig, Leopold und Müller mit beimgeleuchtet haben.“

Soweit die Berichtigung. Ob Herr Beder die Forderungen der Arbeitslosen als vertriehen bezeichnet hat oder nicht, dazu wird sich unser Berichtslatter noch äußern. Im Übrigen entspricht die sogenannte Berichtigung durchaus nicht den Anforderungen des § 11.

Berichtigt können nur unrichtige Tatsachen werden. Ob Herr Beder von unseren Genossen heimgeleuchtet worden ist oder nicht, kann nicht Gegenstand einer Berichtigung sein. Es handelt sich in diesem Falle ja um die durchaus subjektive Auffassung des empfindlichen Herrn Beder. Herr Beder sollte sich ein Beispiel an dem dankbaren Senat des Kollegen Schnier nehmen. Der freut sich, wenn ihm bei der in Schwabauer des Abends herrschenden Dunkelheit gehörig heimgeleuchtet wird.

Blumenau. Ein sozialdemokratisches „Weldje Größen“ in der SPD, sind, geht daraus hervor, daß der Kolporteur der „Vergewalt“ in Waldenburg, Neumann aus Blumenau, zu gleicher Zeit auch Kolporteur des „Neuen Tageblattes“ ist. Neumann ist schon früher als Propagandist festgenagelt worden. Wir gratulieren der SPD zu solchen Genossen.

Schönberg bei Liebau. Bannerweh. Bei schönem Wetter feierte der Arbeiter-Radsportverein am letzten Sonntag seine Bannerweh. Von allen Seiten des Kreises waren die Arbeiter-sportler herbeigeeilt, um am Festtag und an der sportlichen Vorführungen teilzunehmen. Auch die kommunistische Jugend nahm daran Anteil und setzte für 11 000 Mark Zeitungen ab. Die Veranstaltung hat allen Teilnehmern gezeigt, daß auch in der Arbeitersportbewegung Mut und Kraft steckt. Hoffentlich werden diejenigen Arbeitersportler, die noch bürgerlichen Vereinen angehören, nun endlich denselben den Rücken kehren und sich der Sportbewegung der Klassenbewußten Arbeiterschaft anschließen.

Wüstegiersdorf. Pfäffliche Verdummungsarbeit. Wie man sich auf jeder erdenklichen Weise bemüht, die Arbeiterschaft dummi zu machen, zeigen hiermit wieder einige Vorgänge. Die christliche Gemeinschaft in Wüstegiersdorf

Ein sozialer Roman von Jao London

33]

Sobald das Geheimnis vom Abfall der bevorzugten Verbände offenkundig wurde, erhob sich eine starke Mißstimmung in der Arbeiterwelt. Zunächst zogen sich die bevorzugten Verbände von den internationalen Vereinigungen zurück und brachen sämtliche Beziehungen ab. Dann gab es Unruhen und Gewalttätigkeiten. Die Mitglieder der bevorzugten Verbände wurden als Verräter gebrandmarkt und in Wirtschaften und öffentlichen Häusern, auf der Straße und bei der Arbeit, tätlich überall von Genossen, die sie so schmähslich im Stich gelassen hatten, angegriffen.

Zahllose Führer wurden mißhandelt und viele die gelötet. Kein Mitglied der bevorzugten Verbände war seines Lebens sicher. Sie gingen nur truppweise von und zur Arbeit und bewegten sich stets mitten auf der Straße. Auf dem Schwwege liefen ihre Schadel Gefahr, von Steinen und Kieselsteinen, die aus Fenstern und von den Dächern geworfen wurden, zertrümmert zu werden. Sie hatten die Erlaubnis, Waffen zu tragen, und die Obrigkeit stand ihnen in jeder Beziehung zur Seite. Ihre Verfolger wurden zu langen Freiheitsstrafen verurteilt und im Gefängnis übel behandelt. Und letzten, der nicht Mitglied der bevorzugten Verbände war, wurde das Tragen von Waffen gestattet. Nebertretung dieses Gesetzes wurde als großes Vergehen angesehen und entsprechend geahndet.

Gewalttätige Arbeiter fuhren fort, Raue an den Verrätern zu nehmen. Von selbst entstandene Kassengegensätze. Die Kinder der Verräter unterlagen der Verfolgung der Kinder der betrogenen Arbeiter, bis es schließlich für die ersten nicht mehr möglich war, auf den Straßen zu spielen oder die Schule zu besuchen. Die Frauen und Familien der Verräter wurden schmähslich behandelt und die Kolonialwarenhandler, die diesen Waren veräußerten, wurden von den anderen boykottiert. Infolgedessen bildeten die Verräter und ihre Familien, von allen

Seiten in die Enge getrieben, eigene Siedlungen. Es waren ihnen unmöglich, unter dem betrogenen Proletariat ungehindert zu wohnen, und deshalb zogen sie in andere Gegenden, die dann von ihnen allein besiedelt wurden. Hierbei wurden die sie von den Oligarchen unterstützt. Gute, moderne und gesunde Häuser, umgeben von geräumigen Höfen und hier und dort durch Parks und Spielplätze abgegrenzt, wurden errichtet. Die Kinder besuchten eigens für sie errichtete Schulen, und in diesen Schulen wurden Handfertigkeiten und angepasste wissenschaftliche Fächer besonders gelehrt. Aus dieser Absonderung entstand alsdann unumgänglich das typische Kastenwesen. Die Mitglieder der bevorzugten Verbände wurden die Aristokratie der Arbeiterschaft. Sie standen abseits von den übrigen Arbeitern. Sie wohneten besser, kleideten sich besser, aßen besser und erfuhren von Seiten der Arbeitgeben eine bessere Behandlung.

Inzwischen wurden die übrigen Arbeiter immer elender behandelt. Viele kleine Vergünstigungen wurden ihnen genommen, und ihre Löhne und ihre Lebenshaltung sanken beständig. Belläufig verschlechterten sich ihre Schulen, und der Schulzwang hörte allmählich auf. Die Zahl der Kinder, die nicht lesen und schreiben konnten, wuchs erschreckend an.

Die Eroberung des Weltmarktes durch die Vereinigten Staaten hatte die übrigen Länder der Welt auseinandergerissen. Institutionen und Regierungen stürzten überall zusammen und wurden umgewandelt. Deutschland, Italien, Frankreich, Australien und Neuseeland bildeten Kooperative Gemeinwesen. Das britische Reich fiel auseinander. England hatte alle Hände voll zu tun. In Indien war die Revolution in hohem Gang. In ganz Asien rief man: „Amen den Fikanten!“ Und hinter diesem Aufstand Japan und drängte und unterstützte fortgesetzt die gelben und die braunen Rassen gegen die weiße. Und während Japan von kontinentaler Weltmacht träumte und sich bestrehte, diesen Traum zu verwirklichen, unterdrückte es sein eigenes revolutionäres Proletariat. Es war ein einfacher Kastenkrieg. Kuki

gegen Samuraj, und die sozialistischen Kulis wurden zu Zehntausenden hingerichtet. Bierzigtausend wurden im Straßentamp von Tokio und bei dem nutzlosen Angriff auf den Palast des Mikados getötet. Kobe war ein Schlachthaus. Das Hinmorden der Bauhollarbeiter durch Maschinengeheire hat eine traurige Berühmtheit erlangt als die schrecklichste Hinrichtung, die je mit modernen Maschinengeheiren vollzogen wurde. Das Unabdinglichste, was entstand, war die japanische Oligarchie. Japan beherrschte den Osten und rief den ganzen asiatischen Teil des Weltmarktes, mit Ausnahme des indischen, an sich.

England arbeitete daran, seine eigene proletarische Revolution zu erkunden und Indien festzuhalten, obwohl es an der Grenze der Erschöpfung angelangt war. Auch mußte es zusehen, wie ihm seine großen Kolonien entglitten. So kam es, daß es den Sozialisten gelang, Australien und Neuseeland zu kooperativen Gemeinwesen zu machen. Und aus demselben Grunde ging Kanada den Engländern verloren. Aber Kanada erstellte seine eigene sozialistische Revolution, hierbei unterstützt von der Eisenen Feste. Gleichzeitig half die Eisenen Feste Mexiko und Kuba, die Revolution niederzuschlagen. Infolgedessen stand die Eisenen Feste fest in der neuen Welt da. Sie hatte ganz Nordamerika vom Panama-Kanal bis zum Atlantischen Meere zu einem Ganzen zusammengeknüpft.

England war es unter Preisgabe seiner großen Kolonien nur gelungen, Indien zu behalten. Aber auch das war vorübergehend. Der Kampf mit Japan und dem übrigen Asien wegen Indien wurde nur hinausgeschoben. England war dazu verurteilt, Indien sehr bald zu verlieren und hinter diesem Ereignis lauerte der Kampf zwischen dem vereinigten Asien und der übrigen Welt.

Und während es in der ganzen Welt Rüstungen gab, waren wir in den Vereinigten Staaten auch nicht zufrieden und friedlich. Der Abfall der großen Arbeiter-Verbände hatte unsere eigene proletarische Revolution verzerrt, aber es gab überall Gewalttätigkeiten. Und an den Arbeiterunruhen und der Unzufrieden-

heit der Bauern und der übrigen geliebten Vertreter der Mittelklasse kam ein Aufflammen reigischer Wiedergeburt. Eine Abzweigung der „Sieben-tage-Abendzeitung“ trat plötzlich auf und predigte das Ende der Welt.

„Dreimal bewirkte Verwirrung“ der Ernst. „Die können wir auf Solidarität hoffen bei all diesen verschiedenen Zielen und Wünschen?“

Di ereignisse Wiedergeburt nahm wirklich unbetenliche Formen an. Das Wort war infolge seiner Erschaffung und seiner Enttäuschungen in allen trübsamen Dingen reif und gierig nach einem Himmel, in der nicht mehr industrielle Dramen eingingen als Kamele durch ein Nadelohr. Wildwüchsige Wandervogel schwebten über das Land, und trotz des Verbots durch die bürgerliche Obrigkeit und trotz der Verfolgung wegen Wiberpenstigkeit, wurden die Flammen des religiösen Wahnes durch zahllose religiöse Versammlungen auf freier Felde leidenschaftlich entfacht.

Die letzten Tage sind gekommen, Kriegen sie, der Anfang vom Ende der Welt ist da. Die vier Winde sind losgelassen. Gott hat die Wölfer zum Streit aufgeholt. Es war eine Zeit der Mission und Wunder, und die Zahl der Geher und Propheten war Legion. Das Volk ließ zu Hunderttausenden die Arbeit im Stich und floh in die Berge, um dort das nahe bevorstehende Erscheinen Gottes und die Himmelfahrt der Hunderttausendmännlichen Dausend zu erwarten. Aber Gott erschien nicht, und die Wahngläubigen verhungerten maffenhaft. In ihrer Verzweiflung plünderten sie, um Nahrung zu bekommen, die Bauernhöfe, und die daraus folgende Erregung und Anarchie vergrößerte nur noch die Leiden der armen, ihres Besitzes beraubten Bauern.

Aber die Bauernhöfe und Speicher waren Eigentum der Eisenen Feste. Ganze Armeen wurden in die Berge entsandt, und die Anarchisten wurden mit Hilfe von Bajonetten an ihre Arbeit in den Städten zurückgetrieben. Hier verübten sie immer wiedererlebte Ausschreitungen. (Fort folgt)

